



HESSISCHER LANDTAG

14. 07. 2015

Plenum

Antrag der Fraktion der FDP

betreffend Stellenkürzungen können keine Verhandlungsgrundlage für einen Schulfrieden sein - schulpolitische Errungenschaften bei der Lehrerversorgung nicht infrage stellen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass der Bildungsgipfel gescheitert ist. Für dieses Scheitern ist die Landesregierung verantwortlich, die mit dem Bruch ihres Versprechens, die mindestens 104-prozentige Lehrerzuweisung für die Schulen unangetastet zu lassen, ihr Ziel eines zehnjährigen Schulfriedens aufgegeben hat. Mit ihrer Entscheidung, die Lehrerzuweisung zulasten einzelner Schulbereiche zu kürzen, hat sie den Verhandlungen im Bildungsgipfel die Grundlage entzogen.
2. Der Landtag kritisiert, dass die Ankündigungen der Landesregierung zur Stellenzuweisung für das nächste Schuljahr geeignet sind, die in der 18. Wahlperiode erreichte 105-prozentige Lehrerversorgung im Landesschnitt zu gefährden.
3. Der Landtag stellt fest, dass die Schulleitungen durch die um rund 6 % reduzierten Stellenzuweisungen für die gymnasialen Oberstufen gezwungen sein werden, die Vielfalt des Kursangebots einzuschränken, und gerade kleine Kurse in den Bereichen MINT und Fremdsprachen nicht mehr angeboten werden können.
4. Der Landtag stellt fest, dass darüber hinaus einzelnen Schulen unter diesen Umständen auch die Mindestversorgung von 104 % für den Grundunterricht nicht mehr gewährleistet werden kann und reine Oberstufengymnasien sogar unter die Grenze von 100 % rutschen werden.
5. Der Landtag kritisiert die von der Landesregierung vorgenommenen Stundenkürzungen für Seiteneinsteiger-Klassen und Intensivkurse für Schüler ohne Deutschkenntnisse sowie die unzureichende Ausstattung des InteA-Programms. Er fordert die Landesregierung außerdem auf, die Lehrerversorgung für den Deutschunterricht minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge sicherzustellen.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, auch unabhängig vom Scheitern des Bildungsgipfels die geplanten Kürzungen im Bereich der Grundschulen, der gymnasialen Oberstufen, der Abendgymnasien und des Hessenkollegs sowie der beruflichen Gymnasien für das nächste und die kommenden Schuljahre zurückzunehmen und im Interesse von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft die Lehrerversorgung für die besonderen Aufgaben des Deutschunterrichts und der Berufseinstiegsqualifizierung junger Flüchtlinge im gebotenen Maße zu verstärken.

Wiesbaden, 15. Juli 2015

Der stellv. Fraktionsvorsitzende:
Lenders